

Vorlage Nr.: 2025/0505/1

Eingang: 28.07.2025

Beschaffung der Microsoft-Lizenzen für die Stadtverwaltung Änderungsantrag: AfD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	29.07.2025	7.1	Ö	Entscheidung

Der Gemeinderat möge beschließen, die Microsoft-Lizenzen für die Stadtverwaltung nicht für vier, sondern nur für zwei Jahre gemäß der von der Verwaltung vorgeschlagenen On-Premise-Variante zu bestellen und das IT-Amt mit der Markt-Analyse der erhältlichen open-Source-Alternativen zu Microsoft und der Vorbereitung des Umstiegs auf Open-Source Software zu beauftragen, sodass dieser Umstieg bis Ende 2027 erfolgen kann.

Begründung

Laut der Verwaltungsvorlage zu diesem TOP hat das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung bereits ein Projekt initiiert, um die Nutzung der Software-Suite „OpenDesk“ vom Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) GmbH zu testen. Der Einsatz von open-Source-Software anstelle von oder in Ergänzung von Microsoft Produkten kann dementsprechend durchaus sinnvoll sein und Kosten sparen.

Das Land Schleswig-Holstein hat sich bereits 2020 dazu entschieden, anstelle der Microsoft-Produkte Open-Source-Software einzusetzen, damals vorangetrieben durch den grünen Umwelt- und Digitalminister Albrecht. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss erfolgte in Kiel im April 2024. Nun wird der Umstieg von der jetzt zuständigen Staatskanzlei unter CDU-Minister Dirk Schrödter vorangetrieben. Unter anderem um Kosten zu sparen, soll nun LibreOffice in der Landesverwaltung Microsoft Office ablösen, während gleichzeitig von Exchange zur freien Alternative Open-Xchange gewechselt werden soll. Als nächstes ist dann der Umstieg von Windows auf Linux geplant.

Was für das Land Schleswig-Holstein möglich ist, müsste auch für die Stadt Karlsruhe möglich sein. Kosten sparen muss Karlsruhe mindestens genauso dringend wie Schleswig-Holstein.

Open-Source-Software hat zudem den generellen Vorteil, dass Sicherheitslücken im Code deutlich leichter von der IT-Abteilung der Anwender gefunden und behoben werden können als bei Software, deren Quellcode aus kommerziellen Gründen geheim bleiben muss, wie z. B. bei Microsoft.

Quelle: Von Microsoft zu Open Source: Wie Schleswig-Holstein den Wechsel schaffen will | heise online

<https://www.heise.de/hintergrund/Von-Microsoft-zu-Open-Source-Wie-Schleswig-Holstein-den-Wechsel-schaffen-will-10279400.html>

Während viele andere Bundesländer weiter auf Microsoft setzen, schlägt Schleswig-Holstein einen eigenen Weg ein und entschied sich für Open-Source-Software.

Nicht so Schleswig-Holstein. Das kleine Bundesland aus dem Norden verfolgt seit Jahren einen Sonderweg – und die hohen Lizenzkosten sind einer der Gründe. In einem ersten Schritt soll

LibreOffice in der Landesverwaltung Microsoft Office ablösen. Gleichzeitig ist der Wechsel von Exchange zur freien Alternative Open-Xchange geplant. Und am Ende des Weges ist gar der Umstieg von Windows auf Linux anvisiert.

Diese Open-Source-Strategie verkündete der damalige Umwelt- und Digitalminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) im Jahr 2020.

<https://www.heise.de/news/Schleswig-Holsteins-Digitalminister-Albrecht-ueber-den-Wechsel-zu-Open-Source-6221361.html>

Mittlerweile ist die Staatskanzlei für das Thema Digitalisierung zuständig. Dort treibt nun der CDU-Minister Dirk Schrödter den Umstieg voran.

[Schleswig-Holsteins mutiger Umstieg auf LibreOffice & Co. – ein Interview | heise online](#)

Mit einem Kabinettsbeschluss im April 2024 leitete die Kieler Landesregierung einen schrittweisen Wechsel ein.

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt

Oliver Schnell

Rouven Stolz

Andreas Seidler

Dr. Gerhard Lenz